



Waldhäus/Fischer

Ein neuer Graben durchzieht

Ein zentrales Thema an Abstimmungssonntagen war bisher stets sich immer deutlicher auch ein Graben zwischen Stadt und Land,

Vor Monatsfrist hatte die Stadt Zürich die Städte-Initiative für mehr Velo- und Fussverkehr angenommen. Diese verlangt, dass der Anteil des öffentlichen Verkehrs, des Velo- und Fussverkehrs am gesamten Verkehrsaufkommen in zehn Jahren um mindestens zehn Prozent zunehmen muss. Dem umweltfreundlichen Entscheid der Stadtbewohner folgte postwendend die Drohung des Kantons, die Planungshoheit der Stadt über die Kantonsstrassen einzuschränken, falls diese Massnahmen zur Einschränkung des Automobilverkehrs beschliessen sollte.

Dies zeigt stellvertretend auf, dass Stadtbewohner viel umweltfreundlicher abstimmen als die Bewohner in den Agglomerationen und den ländlichen Gebieten. Zur Verdeutlichung: Auch die Städte Genf und St. Gallen haben ähnliche Initiativen angenommen, in Basel, Luzern und Winterthur fanden Gegenanschläge Mehrheiten. Bei kantonalen Abstimmungen fielen vergleichbare Vorlagen aber klar durch: Luzern lehnte im Februar die Velo-Initiative mit rund 65 Prozent ab, Baselland schickte vor rund drei Jahren eine Initiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs mit 58 Prozent Nein bachab.

Stärker als der Röstigraben

Eindrücklich hat sich der Stadt-Land-Graben im Februar auch im Kanton Bern gezeigt: Bei der Konsultativabstimmung für ein neues Atomkraftwerk in Mühleberg hatten (vor Fukushima) noch 51 Prozent der Stimmenden ein Ja in die Urne gelegt. In der Stadt Bern votierten aber lediglich 35 Prozent für ein neues AKW.

Am gleichen Tag zeigte eine eidgenössische Abstimmung den Stadt-Land-Graben frappant auf, wenn auch nicht bei einem Umweltthema: Mit 56 Prozent wurde die Waffenschutz-Initiative klar abgelehnt. Während Stadtkantone wie Genf und Basel-Stadt die Initiative mit rund 60 Prozent angenommen hatten, konnten sich in Landkantonen wie etwa Appenzell-Innerrhoden lediglich 28 Prozent für diese Idee begeistern. Nach der Abstimmung sprach der Politikwissenschaftler Claude Longchamp nicht mehr wie bisher vom bekannten Röstigraben, sondern vom Stadt-Land-Graben, der sich noch nie in dieser Deutlichkeit gezeigt habe.

Städter sind modernisierungsfreudiger

«30 Prozent der Schweizer leben in ländlichen Gebieten», erklärt Claude Longchamp und folgt damit der offiziellen Definition des Bundesamtes für Statistik (BfS). 40 Prozent leben dazwischen, in den grossen Agglomerationen. Das BfS zählt diese Gruppe zu den Städtern. In Sachen Abstimmungsverhalten steht diese Gruppe aber der Landbevölkerung oft näher. Die Konfliktlinien zwischen Stadt einerseits, sowie Agglo und Land andererseits seien seit 1970 wesentlich häufiger geworden, weiss Longchamp aus systematischen Untersuchungen von Abstimmungen. «Stadt-Land-Unterschiede finden sich vor allem auch bei Modernisierungsvorlagen», erklärt Claude Longchamp.

Auch in Umfragen manifestiert sich der Stadt-Land-Konflikt zusehends. Beispiel Grossraubtiere: Der WWF fand im Jahr 2006 heraus, dass in den Städten 78 Prozent eine Rückkehr des Wol-



die Schweiz

die Analyse des Röstigrabens. Nun aber öffnet gerade auch in Natur- und Umweltfragen.

fes in die Schweiz befürworten. Auf dem Land waren es zehn Prozent weniger.

Wieso also ticken die Städter derart anders als die Bewohner vom Land? Einen wichtigen Grund sieht Longchamp bei den wirtschaftlichen Interessen. «Im ländlichen Raum ist die Binnenwirtschaft dominant, meist strukturschwach und damit offen für protektionistische Massnahmen. Hingegen finden wir vor allem in den Metropolen andere, global ausgerichtete Vernetzungen und damit auch Interessen.» Auch die Kommunikation läuft anders ab, wie Longchamp ausführt. Während sich Städter eher bei verschiedenen Kanälen und Medien informieren, orientieren sich Landbewohner häufiger nach dem politischen Medium und nach Plakaten, die in städtischen Räumen teils verboten sind oder weniger beachtet werden.

«Leute, die in Städten wohnen, sind einfach ein anderer Menschenschlag», ergänzt der politische Geograf Michael Hermann. Dabei spiele die Herkunft keine so grosse Rolle. Für die Wahl des Wohnsitzes sind seines Erachtens in erster Linie die Interessen und Werte der Menschen entscheidend. «Postmaterieell eingestellte Leute ziehen in die Stadt.»

Auch eine Frage von Geld und Bildung

Auf die Frage, warum Städter umweltbewusster und grüner abstimmen, antwortet der Soziologe Ueli Mäder: «Wer viel Geld und eine hohe Bildung hat, ist gegenüber ökologischen Anliegen eher aufgeschlossen. Das Umweltbewusstsein scheint vom Status abzuhängen.» Bewohner der Städte und Agglomeratio-

nen haben tendenziell ein höheres Bildungs- und Einkommens- und Stellenniveau (siehe Kurztex Seite 13).

Mäder, Soziologieprofessor der Universität Basel, betont aber, dass die Umwelt auf dem Land ebenfalls ihren Stellenwert habe: «Die Sensibilität ergibt sich dort mehr aus der sinnlichen Wahrnehmung der Natur.» Hermann fügt hinzu, auf dem Land sei man auf die Ausnützung des öffentlichen Raums angewiesen, zum Beispiel für die Landwirtschaft oder für die Industrie. «In der Stadt kann man es sich leisten, die öffentlichen Räume in geschützte Pärke zu verwandeln.»

Städter kennen die Folgen der Naturzerstörung

Bloss wegen des grüneren Abstimmungsverhaltens sei der Sinn für Naturschutz in den Städten aber noch nicht ausgeprägter als auf dem Land, räumt Anita Fetz ein, SP-Ständerätin aus dem Stadtkanton Basel-Stadt: «Es ist einfach ein anderer Sinn für Naturschutz», erklärt Fetz. Auf keinen Fall sei das eine Frage der Mentalität, sondern eine Reaktion auf ungesunde Verhältnisse: «In den Städten wuchs parallel zu den Auswirkungen der Industrialisierung die Sehnsucht nach Natur, nach heiler Welt, nach heiler Umwelt.» Dieses Phänomen beobachtet Fetz auch heute noch: «Wer an einer Stadtautobahn wohnt, will einfach nicht, dass die ganze Schweiz zu einer Stadtautobahn wird.»

Städte wachsen schneller

37 Prozent der Schweizer Bevölkerung leben gemäss Bundesamt für Statistik in den Grossräumen der Grossstädte Zürich, Basel, Genf, Bern und Lausanne. Weitere 37 Prozent wohnen in anderen städtischen Gebieten; der verbleibende Viertel verteilt sich auf ländliche Gebiete. Vom Bevölkerungswachstum sind nicht alle Regionen gleich stark betroffen. Bis vor zwölf Jahren sind ländliche Gebiete rascher gewachsen; seit 1999 haben die Städte die ländlichen Gebiete bei den Wachstumsraten aber überholt. zen



Imagepoint/Montana

Die beiden Kontrastkantone

Zwei Kantone, bei welchen sich der Stadt-Land-Graben oft eindrücklich aufzeigt, sind Bern und Zürich. Bei beiden Kantonen stehen Städte einem zahlenmässig noch grösseren Umland gegenüber. Nebst den bereits erwähnten Fällen hat sich dies an weiteren Beispielen manifestiert: Im Kanton Bern hat die Bevölkerung im Februar über die Einführung einer steuerlichen Begünstigung für neue, möglichst energieeffiziente und verbrauchsarme Autos abgestimmt. Während im ganzen Kanton 52,7 Prozent diesem Vorschlag zustimmten, lag der Ja-Stimmenanteil in der Stadt Bern bei satten 70 Prozent und in Biel bei 60 Prozent.

Im Sommer 2010 befand das Stimmvolk des Kantons Zürich über eine VCS-Initiative, die den Ausbau der Bahnlinie Zürich - Winterthur auf vier Spuren verlangte. In Zürich und Winterthur lag der Ja-Stimmenanteil mit 40 und 37 Prozent wesentlich höher als in ländlichen Gegenden, wo nur zwischen 22 und 26 Prozent die Vorlage positiv beurteilten. Abgelehnt wurde die Initiative im gesamten Kanton Zürich mit 70 Prozent. zen

Auch Marina Carobbio Guscetti, die für den Kanton Tessin im Nationalrat sitzt, bestreitet, dass in den Städten das Bewusstsein für den Naturschutz ausgeprägter ist. «Der Naturschutz gewinnt auch auf dem Land an Bedeutung», betont die SP-Frau, die in Lumino am Eingang zum Misox wohnt. Der Unterschied bestehe darin, dass die Menschen in der Stadt eher verstehen oder nachvollziehen könnten, was es konkret bedeutet, wenn Naturgebiete verloren gehen.

Freizeit versus Verdienst

Für Bewohner von Landgebieten sei die Natur nicht nur ein Freizeiternst, sondern zum Teil auch eine Verdienstmöglichkeit – wie beispielsweise im Tourismus oder in der Landwirtschaft, weiss Carobbio. Manchmal beobachtet sie jedoch, dass die Menschen auf dem Land es nicht ausreichend zu schätzen wissen, welche Naturschätze sie um sich herum haben.

Leiden die Landbewohner vielleicht unter der Angst der Fremdbestimmung durch die Städter? Nicht unbedingt, meint Claude Longchamp. Aber die Landbevölkerung habe schon manchmal das Gefühl, von der Ökopolitik der Städter bevormundet zu werden. «Es gibt Landbewohner, die erklären, nirgends sei die Naturzerstörung grösser, der Verkehr dichter und der Energiekonsum sinnloser als in der Stadt.» Das sei alles gar nicht so falsch, wie beispielsweise Analysen mit dem ökologischen Fussabdruck zeigen.

Entfremdung der Lager

Die beiden Lager hätten sich zweifelsohne «entfremdet», analysiert Longchamp. Wohin der Trend geht, sei schwierig zu sagen. Zuversichtlich in dieser Frage gibt sich Ueli Mäder: «Wer auf dem Land lebt, ist weder roh, dumm noch verschlossen. Das Land holt auf. Man sieht, wie sich die klassische Stadt-Land-Grenze aufweicht.» Das gelte vor allem auch für den Bildungsstand, betont der Soziologe. «Mit dem gesellschaftlichen Wandel nähern sich auch die gemeinsamen Werte an.»

Noch zeigen die Abstimmungsergebnisse aber einen entgegengesetzten Trend an, bei dem sich Stadt und Land eher entfernen – gerade auch bei Umwelt- und Naturthemen. Wichtige Schritte bei Umweltfragen können also nur getätigt werden, wenn auch Mehrheiten ausserhalb der Städte gefunden werden. Pro Natura mit ihrer föderalistischen Struktur und ihrer Verankerung in ländlichen und städtischen Gebieten kommt dabei eine besondere Bedeutung zu.

ROLF ZENKLUSEN arbeitet als Journalist in Basel.

Einmischung oder Mitspracherecht?

Dürfen die Städter bei der Entwicklung der Alpenräume mitreden oder ist dies Sache der Bergler alleine? Auch der Austausch zwischen Stadt und Land bewegt die Gemüter.

In der Politik stellt der Austausch zwischen Stadt und Land immer wieder eine grosse Herausforderung dar. So hat zum Beispiel der typische Landvertreter Roberto Schmidt mit der provokativen Aussage «Erst die Rinder, dann die Kinder» lockere Abschussbewilligungen für Wölfe verlangt. Der CVP-Nationalrat aus dem Wallis möchte die Kompetenz der Kantone für Abschussbewilligungen ausweiten und damit «rasch und unbürokratisch» ein «Problem» selber lösen, ohne sich dabei gross von den Unterländern dreinreden zu lassen.

Ein ähnliches Muster zeigte sich in Zermatt, wo die Bergbahnen auf dem Kleinen Matterhorn einen 117 Meter hohen Turm errichten und den Gipfel so zum künstlichen 4000er aufstocken wollten. Markus Hasler, CEO der Zermatt Bergbahnen AG, zeigte am Schweizer Fernsehen wenig Verständnis für Unterländer, die Einsprache gegen das Monsterprojekt erhoben haben. Eine Bergbahn habe «das Recht, ein Produkt zu entwickeln, das den Bedürfnissen der Gäste entspricht», erklärte Hasler.

Fragen von nationalem Interesse

Ist die Entwicklung der ländlichen, meist auch alpinen Räume der Schweiz tatsächlich Sache der Standortgemeinden und -kantone alleine? Oder haben die Schweizerinnen und Schweizer aus den Städten und deren Agglomeration auch eine Art Mitspracherecht? Schliesslich finanzieren sie die Entwicklung der ländlichen Alpenräume mit – sei es mit Steuergeldern, die in den Finanzausgleich fliessen, oder schlicht und einfach als zahlende Touristen.

«Eine Einmischung ist natürlich immer heikel», räumt die Stadtzürcher Nationalrätin Tiana Angelina Moser ein. Es gebe aber klare Fragen von übergeordnetem Interesse, erklärt die grünliberale Politikerin. «Der Schutz von gefährdeten Grossraubtieren ist keine lokale und keine kantonale, sondern klar eine nationale und sogar internationale Aufgabe.» Das gelte auch für besonders schöne, seltene Landschaften oder ökologisch besonders wertvolle Biotope.

Zudem grenzt das Klein Matterhorn westlich und östlich an das Gebiet Dent Blanche–Matterhorn–Monte Rosa, das im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) eingetragen ist. Für solche Gebiete bestehe ein nationales Interesse: «Hier darf und muss mitgespro-



Imagepoint/Montana

Städte tragen höhere Nettolasten

In den Städten liegen die sogenannten Nettolasten um 39 Prozent höher als in kleineren Gemeinden. Das heisst, dass Städte aufgrund ihrer Bevölkerungsstruktur überdurchschnittlich hohe Ausgaben in den Bereichen soziale Wohlfahrt, Gesundheit und öffentliche Sicherheit haben. Das zeigt eine wissenschaftliche Studie, die der Schweizerische Städteverband in Auftrag gegeben hat. Für nächstes Jahr haben die Städte eine gerechte Abgeltung ihrer Sonderlasten beim Neuen Finanzausgleich (NFA) gefordert. Die 112 Millionen Franken, welche der Bund 2012 zusätzlich in den Finanzausgleich zahlt, sollen vollumfänglich in den soziodemografischen Lastenausgleich fliessen, forderte der Städteverband. Doch das Parlament hat beschlossen, nur 81 Millionen dafür zu zahlen. zen



Raphael Weber

Stadt-Land-Gefälle beim Finanzausgleich

Die Kantone Zürich, Zug und Genf zahlen nächstes Jahr netto am meisten in den Finanzausgleich ein. Zürich steuert über 400 Millionen bei, Zug und Genf über 200 Millionen. Zu den grösseren Nettozahlern gehören auch Basel-Stadt und Schwyz. Deutlich ländlich geprägte Kantone wie Bern, Wallis, Freiburg, Luzern und St. Gallen profitieren am stärksten vom Finanzausgleich. Über eine Milliarde Franken fliesst allein nach Bern; die Kantone Wallis und Freiburg erhalten je rund 500 Millionen. zen

erklärt Anita Fetz, SP-Ständerätin aus dem Kanton Basel-Stadt, der zu den Nettozahlern gehört.

Wer zahlt, befiehlt?

Die Städte seien bereit mitzuzahlen, wenn es zum Beispiel um die Erhaltung von Postautokursen in Bergkantonen geht. Wenn ländliche Regionen das städtische Geld aber einfach als Selbstverständlichkeit entgegennehmen, hört das Verständnis bei Fetz auf. Unglaublich findet sie ausserdem die Tricks von Kantonen, die ihre Wasserzinsen nach aussen nicht als kantonale Einnahmen anrechnen und so die Städte per Finanzausgleich zur Kasse bitten.

Müssen die finanzkräftigen Städte mehr Mitbestimmung erhalten, wenn sie mehr zahlen? «Nicht unbedingt», entgegnet Anita Fetz. «Aber wir Städter können zum Beispiel mehr Direktzahlungen für ökologische Landwirtschaft und weni-

chen werden», betont Moser. Darüber hinaus weist sie auf wichtige übergeordnete Fragen hin. «So muss zum Beispiel die Zersiedlung in der ganzen Schweiz gestoppt werden.» Das gelte für ländliche Regionen genauso wie für den urbanen Kanton Zürich.

Richtig zum Tragen kommen die politischen Grabenkämpfe beim Finanzausgleich. Ländliche Kantone profitieren von der Umverteilung, die stark von städtischen Gebieten finanziert wird (siehe Text links). «Diese Finanzströme festigen den Stadt-Land-Graben ein Stück weit»,

ger Subventionen für Agrofirmer und Industrielandwirtschaft fordern.»

Damit ist die Tessiner Nationalrätin Marina Carobbio Guscetti einverstanden. Das Mitspracherecht nur von der finanziellen Hilfe abhängig zu machen, fände sie nicht richtig: «Die ländlichen Naturgebiete gehören uns allen. Es ist vor allem eine Sache der Solidarität zwischen Stadt und Land», sagt die SP-Frau, die sich in ihrer Heimat stark für den Naturschutz engagiert.

Grünes Mäntelchen überstülpen?

Obwohl die ersten Impulse für den Naturschutz aus den Städten kamen – so etwa die Gründung von Pro Natura und damit verbunden der Anstoss zur Gründung des Nationalparks – sollten die Städter nicht versuchen, den ländlichen Regionen ein grünes Mäntelchen überzustülpen, sagt der politische Geograph Michael Hermann. «Viel mehr nützt es, den Landbewohnern den Naturschutz als Geschäft zu verkaufen, indem beispielsweise neue Arbeitsplätze in einem Biosphären-Reservat geschaffen werden.»

Die Mitglieder von Pro Natura, die 1,4 Prozent der Schweizer Bevölkerung ausmachen, verteilen sich mehr oder weniger gleichmässig über die Schweiz. Zwar bestehen die tiefsten Abdeckungen in ländlichen Kantonen wie Schwyz, Wallis und Tessin mit 0,6 bis 0,8 Prozent. Kantone mit einem hohen Stadt- oder Agglomerationsanteil wie Baselland, Basel-Stadt, Bern und Zürich haben hingegen Abdeckungen zwischen 1,7 und 2,2 Prozent. Spitzenreiter ist mit Schaffhausen (2,3 Prozent) hingegen wieder ein eher ländlicher Kanton. Anders als bei der Gründung vor über 100 Jahren ist Pro Natura also nicht mehr ein klar städtisch dominierter Verein.

ROLF ZENKLUSEN